

Vorwort

Warum eine Tagung zu Rechtspopulismus in Ostmitteleuropa?

Spätestens die Wahlerfolge von Viktor Orbán und seiner Partei Fidesz in Ungarn im Mai 2010 haben verdeutlicht, dass der Rechtspopulismus in Europa längst keine „Randerscheinung“ mehr ist.¹ Nicht weniger besorgniserregend erscheint auch der Einzug der faschistischen Partei Jobbik ins ungarische Parlament, die nun mit knapp 17 Prozent der Stimmen immerhin die drittstärkste politische Kraft im Land ist. Lässt sich aber anhand dieser Ergebnisse wirklich ein Trend ablesen? Handelt es sich um eine ostmitteleuropäische Ausnahmesituation oder können wir von einer europaweiten Entwicklung sprechen? Wie ist der beachtliche Erfolg populistischer Akteur_innen² in Ostmitteleuropa zu erklären? Welche historischen und gegenwärtigen Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede weisen die vier Demokratien – Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn – auf? Welche Auswirkungen haben

die politischen Transformationsprozesse, und welchen Anteil an der Entwicklung hat die steigende Demokratiemüdigkeit? Wie setzen sich demokratische Akteur_innen mit dem Rechtspopulismus auseinander?

Dieser Sammelband fasst die Ergebnisse der im Frühjahr 2010 von der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg organisierten Tagung „Rechtspopulismus in Ostmitteleuropa – Demokratien im Umbruch?“³ zusammen, die sich mit den oben genannten Fragen beschäftigte. Die Beiträge untersuchen sowohl die aktuelle politische Lage als auch eine Reihe historischer und kultureller Aspekte des Rechtspopulismus. Ergänzt wird der Band durch weitere Aufsätze zu Themen, die aus Zeitgründen auf der Tagung nicht oder nicht ausreichend diskutiert wurden.⁴

Warum der Rechtspopulismusbegriff?

Im Mittelpunkt dieser Publikation steht ein Phänomen, das bereits im Rahmen der genannten Tagung als Rechtspopulismus benannt wurde. Dieser Begriff bezieht sich auf eine bestimmte Form von Politik und auf eine Reihe politischer Akteur_innen, die überall in Europa die politische Arena mit ihren öffentlichen Auftritten wie mit ihren Inhalten, mit ihren „Tabubrüchen“ wie mit ihrem immer größeren Erfolg erstaunen und in Sorge versetzen.

Unterschiedliche Phänomene erfordern bekanntlich unterschiedliche Begriffe. Auch in der Wissenschaft scheint im Allgemeinen Konsens darüber zu herrschen, dass Definitionen grundsätzlich nicht „richtig“ oder „falsch“ sein können, sondern je nach Kontext lediglich mehr oder weniger brauchbar. Jenseits der Frage nach der grundsätzlichen analytischen Brauchbarkeit von Begriffen wie Rechts-

extremismus, Rechtspopulismus oder Rechtsradikalismus⁴, wird im Rahmen dieser Publikation der Rechtspopulismusbegriff verwendet, da er offener ist als die gewissermaßen konkurrierenden Begriffe „Rechtsextremismus“ und „Rechtsradikalismus“. Der Rechtspopulismusbegriff umfasst nicht nur Akteur_innen, die jenseits des oder zumindest am äußersten Rand des demokratischen Parteienspektrums stehen und ihre Politik, sondern eben auch solche Akteur_innen, die sich durchaus an die „Spielregeln“ der liberalen Demokratie halten (möchten) und sich selbst als „national“, „patriotisch“ oder „konservativ“ verstehen. Durch die Offenheit des Rechtspopulismusbegriffes wird möglicherweise analytische Schärfe eingebüßt, das Konzept erlaubt jedoch einen Vergleich von doch sehr unterschiedlichen politischen Akteur_innen in Ostmitteleuropa sowie ihrer Politik und Ideologie.

Der Fokus auf das Phänomen des Rechtspopulismus im Rahmen dieser Publikation, bedeutet nicht, dass es in Ostmitteleuropa seit Beginn der Transformation nach 1989 kaum nennenswerte „rechtsextremistische“, dafür vielmehr durch starke Nationalisierung hervorgekommene „rechtspopulistische“ Parteien gibt.⁵ Dies gilt höchstens für die Zeit um die Jahrtausendwende. Neueste Erfahrungen mit

einer zunehmenden Vernetzung rechtsextremer (d.h. neonazistischer und faschistischer) Gruppen in Osteuropa mit ihren „Kameraden“ im Westen, aber auch innerhalb Osteuropas zeigen, dass Europas Zusammenwachsen durch das Projekt der Europäischen Union in vielerlei Hinsicht geglückt ist. Leider gilt das auch für die immer engeren Kontakte unter Rechtspopulisten und Rechtsextremen in Europa.⁷

Warum Ostmitteleuropa?

Dass der Rechtspopulismus durchaus ein gesamteuropäisches Phänomen ist, zeigen Wahlergebnisse in vielen Staaten Europas: Nicht nur in Ungarn, wobei die Wahlergebnisse aus dem Jahr 2010 sicherlich eine besondere Herausforderung für die Demokratie darstellen, sondern auch in den Niederlanden, Belgien, Italien oder auch in Polen, Rumänien, Serbien und weiteren Ländern sind rechtspopulistische Parteien nicht zu unterschätzen und nehmen keineswegs die Rolle eines Außenseiters im Parteienspektrum ein.⁷ In diesem Zusammenhang stellt sich dann die Frage: Warum die Konzentration auf Ostmitteleuropa? Warum ist es wichtig, sich insbesondere dem Rechtspopulismus in dieser Region zu widmen?

Ohne die Frage nach dem regionalen Fokus zu einer Grundsatzfrage zu erheben, sollen einige Gründe und Überlegungen unterstrichen werden, die Ostmitteleuropa in den Mittelpunkt dieser Publikation rücken.

Zunächst weisen die Staaten Ostmitteleuropas aufgrund historischer Erfahrung und trotz veränderter Grenzziehung der modernen Nationalstaaten mehrere Gemeinsamkeiten auf. So waren die heutigen Staaten Tschechien und Slowakei bis 1993 Teil eines politischen Gefüges, das sich seit 1918 durch alle politischen Systeme hindurch als ein Staat – die Tschechoslowakei – erhalten konnte.

Viel älter als die modernen Nationalstaaten ist zudem der gemeinsame historische imperiale Kontext dieser Region – einerseits als Teil des Habsburger Reichs und andererseits als Schauplatz politischer

Spannungen europäischer Großreiche – der Habsburger Monarchie, Preußens, oder auch des russischen Zarenreichs.

Als historischer Raum „in der Mitte Europas“ durchlief die Region im langen 19. Jahrhundert mehr oder weniger gleichzeitig verschiedene historische Prozesse wie die Modernisierung, vor allem jedoch den Nationsbildungsprozess. In ähnlicher Weise – mit der Ausnahme Ungarns – waren Hrochs „kleine Völker“⁸ auch vom Panslavismus bzw. dem Austroslavismus betroffen und kamen spätestens mit dem endgültigen Zerfall der Habsburger Monarchie im Zuge des Ersten Weltkriegs als Nationalstaaten hervor.

Folge der Aufteilung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg und zu Beginn des „Kalten Krieges“ war die Zugehörigkeit der Region zur sowjetischen Einflussphäre und somit die Einführung des Staatssozialismus. Mehrere Versuche ostmitteleuropäischer Gesellschaften, mehr Freiheit (innerhalb der „Gleichheit“) zu erkämpfen (z.B. Ungarn 1956, Tschechoslowakei 1968) scheiterten an der Gewalt und militärischen Macht der Sowjetunion, bis es schließlich im Laufe der 1980er Jahre in Polen zur Entstehung einer neuen sozialen Bewegung kam, der Solidarność, die maßgeblich an den Ereignissen des Jahres 1989 in Osteuropa beteiligt war und eine Ära der Demokratisierung einleitete.

Dass die neu gewonnene (politische) Freiheit zugleich eine grundlegende Veränderung des wirtschaftlichen Systems in Richtung freier Marktwirtschaft bedeutete und somit zur Steigerung sozialer

Ungleichheiten in der jeweiligen Gesellschaft führen musste, kam für viele Menschen in Ostmitteleuropa unerwartet. Und dennoch schafften es die vier Staaten, trotz vieler unzufriedener „Transformationsverlierer“, im Laufe der 1990er den Anschluss an die Europäische Union zu finden und schließlich im Jahr 2004 der EU beizutreten. Zwar strebten auch andere osteuropäische Staaten diese Annäherung an die EU an, die vier Staaten Ostmitteleuropas begannen jedoch schon viel früher, fast unmittelbar nach der demokratischen Wende, im Jahr 1991, einen weiteren regionalen Integrationsprozess. 2010

kam es bei gemeinsamen Treffen der offiziellen Vertreter der (damals noch drei) Länder in Visegrád zum Bekenntnis zur gemeinsamen Zusammenarbeit und zur Gründung der Visegrád-Gruppe (V4).⁹

Bedenkt man allein den hier nur knapp geschilderten historischen und politischen Zusammenhang der Region Ostmitteleuropa, bieten sich auch oder gerade beim Thema Rechtspopulismus Vergleiche zwischen den einzelnen Nationalstaaten geradezu an.

Warum diese Publikation?

Dieser Band erscheint im Anschluss an die gleichnamige Tagung, die im Frühjahr 2010 von der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg in Potsdam organisiert wurde. Die Konferenz wie auch die Publikation sind Teil des Projektes „SPACES – Information, Debatte und Training für Toleranz“ und werden im Rahmen des Bundesprogramms „XENOS – Integration und Vielfalt“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds gefördert. Ziel des Projektes ist es, öffentliche (Frei)Räume für Diskussionen über Fragen der Demokratie und Toleranz sowie über die Probleme Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und andere Formen von Diskriminierung auszubauen. Teilnehmer_innen der im Rahmen des Projektes organisierten Veranstaltungen werden über die genannten Themen informiert. Zudem wird die nur zu oft ehrenamtliche Arbeit der Menschen, die sich gegen Rechts engagieren, materiell und ideell gefördert, mit dem Ziel ihrer Professionalisierung. Neben dem starken praxisorientierten Anspruch

des Projektes SPACES gehört auch die theoretische, d.h. wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den genannten Themen dazu. Bestandteil der in diesem Zusammenhang angestrebten Debatte ist auch dieser Band. Thematisch auf die unmittelbare europäische Nachbarschaft ausgerichtet, soll er zwei Ziele erfüllen: Erstens sollen dem deutschsprachigen Publikum grundlegende Informationen über aktuelle rechtspopulistische Tendenzen in Ostmitteleuropa vermittelt werden, werfen doch diese ein neues Licht auf den Rechtspopulismus als gesamteuropäisches Phänomen. Und zweitens soll der Band dazu anregen, sich auch fortan intensiver mit diesem Thema auseinanderzusetzen und antidemokratische Akteur_innen zu bekämpfen. Als Sammlung verschiedener Beiträge von Autor_innen, die als Wissenschaftler_innen und/oder Aktivist_innen vorwiegend in Ostmitteleuropa tätig sind, liefert der Band neue Einblicke und geht über die Interpretationen deutschsprachiger Osteuropaexpert_innen hinaus bzw. ergänzt diese um wertvolle Erkenntnisse.

Zum Inhalt

Die dreiteilige Struktur des Bandes entspricht den drei zentralen Fragestellungen, die bereits während der Tagung besprochen wurden und hier etwas ausführlicher erörtert werden. Der erste Teil umfasst theoretische Überlegungen zu den Begriffen des Rechtspopulismus (Hans-Gerd Jaschke) und

des Rechtsextremismus (Björn Resener). Dabei werden im ersten Beitrag sowohl die Geschichte des politischen Konzeptes „Rechtspopulismus“ eingehend geschildert als auch verschiedene Aspekte und aktuelle Tendenzen rechtspopulistischer Politik in Europa aufgezeigt. Als wichtiger Punkt werden ins-

besondere die sozioökonomischen und politischen Voraussetzungen oder Gelegenheitsstrukturen hervorgehoben, die im Text als „rechtspopulistischer Moment“ bezeichnet werden.

Auf der Suche nach einem passenden Begriff, mit dem sich das in diesem Band untersuchte politische Phänomen treffend definieren ließe, blieb die Frage offen, ob sich für manche ostmitteleuropäische Beispiele der Rechtsextremismusbegriff besser eignet als der des Rechtspopulismus. Wie der Rechtsextremismusbegriff vor allem im deutschsprachigen wissenschaftlichen Raum eingesetzt wird, welche theoretischen, aber auch politischen Implikationen ihm zugrunde liegen, wird im zweiten Beitrag erläutert, indem gleichzeitig die Frage gestellt wird, ob dieser Begriff überhaupt noch als passend betrachtet werden könne.

Im zweiten Teil des Bandes gehen die Autor_innen auf die gegenwärtige Lage des Rechtspopulismus in den vier ostmitteleuropäischen Staaten ein, indem sie nicht nur die neuesten Entwicklungen analysieren, sondern auch historische sowie sozioökonomische und kulturelle Hintergründe beleuchten, die dabei eine wesentliche Rolle spielen (können). Während der Rechtspopulismus in Polen (Michał Syska), der Tschechischen Republik (Jaroslav Šonka) und der Slowakei (Grigorij Mesežnikov) in einzelnen Fallstudien erörtert wird, wird angesichts der Brisanz der aktuellen politischen Lage (im Jahr 2010) dem Fallbeispiel Ungarn etwas mehr Platz eingeräumt. Gleich zwei Beiträge (Peter Kende und Kornél Keller) untersuchen den ungarischen „Rechtsruck“.

Interessant erscheinen in diesem Teil vor allem die Parallelen, die sich im Hinblick auf den Umgang mit der jeweiligen nationalen Geschichte in den vier Staaten abzeichnen. In allen vier Staaten trifft man im Laufe der 1990er Jahre (aber auch heute noch) auf einen starken historischen Revisionismus sowie einen essentialistischen Zugang zur „nationalen Frage“. Nationale Geschichte wird dabei sowohl von der Wissenschaft als auch von den politischen Akteur_innen als die neue politische Ordnung legitimierendes Narrativ benutzt und entsprechend

„angepasst“. So werden beispielsweise Kontinuitäten (etwa zwischen mittelalterlichen Reichen und modernen Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts oder zwischen den Staaten der Zwischenkriegszeit und den postsozialistischen Demokratien) und Diskontinuitäten (vor allem in Form einer klaren Abgabe an den „Kommunismus“ im eigenen Land) konstruiert. Die jeweilige Nation gilt dabei als endlich erreichter Endpunkt einer historischen Entwicklung, deren logisches Ziel nur der moderne Nationalstaat sein konnte. Somit werden nicht nur die gegenwärtige politische Ordnung, sondern auch sämtliche zukünftige politische Maßnahmen eines politischen Akteurs legitimiert. Mit anderen Worten lässt sich das Verhältnis zwischen Politik und Geschichte in Ostmitteleuropa als dominant ethnonationalistisch determiniert bezeichnen und auf die einfache Formel bringen: Wer die Geschichte kontrolliert, kontrolliert auch die Zukunft. Insbesondere die Entwicklung in der Slowakei – so zumindest der Beitrag in diesem Band – bestätigt diese Regel. Der dritte Teil umfasst Beiträge, die verschiedene gesellschaftliche und politische Implikationen des ostmitteleuropäischen Rechtspopulismus untersuchen. Wie durch diskursive Verschiebungen infolge gesellschaftlicher Transformation nach 1989 die Begriffe Demokratie und Nationalismus verknüpft wurden und der Nationalismus letztlich zur gesellschaftlichen und politischen Kulisse sowie zum Nährboden unterschiedlichster Rechtspopulismen in Osteuropa werden konnte, erklärt in seinem Beitrag Nenad Stefanov.

Der Rolle der Medien in einer sich stark wandelnden Gesellschaft widmet sich der kurze Beitrag von Jiří Pehe, der eine durchaus kritische Haltung gegenüber modernen Massenmedien einnimmt. Sie stellen, so Pehe, das Hauptsprachrohr des Populismus dar. Von wirtschaftlichem Kalkül getrieben, gingen die meisten Medien Profiten nach, ohne dabei die Folgen für die Demokratie zu berücksichtigen. Gleichzeitig zeigt Pehe auch mögliche Ansätze auf, mit Hilfe derer sich die Medien wirksam dem Rechtspopulismus widersetzen könnten.

Wie sich dagegen die Zivilgesellschaft dem Rechtspopulismus, aber auch anderen menschen-

verachtenden Ideologien und Praktiken widersetzen kann, zeigt am Beispiel des antirassistischen Vereins „Nie Wieder“ Marcin Kornak im letzten Beitrag. In einem ausführlichen Bericht schildert er die zahlreichen Aktionen seiner Organisation. Deutlich zeigt dieser Beitrag, wie komplex das zivilgesellschaftliche Engagement sowohl in seinen Inhalten als auch in seiner Form ausfallen kann und muss, was ohne Zweifel mit einem ständigen Wandel auch der extremen Rechten überall in Europa

zusammenhängt. Ob und in welchem Ausmaß die Vielfalt an Aktionen und Kampagnen den Aufstieg der extremen Rechten aufhalten kann, wird sich in Zukunft noch zeigen und hängt nicht zuletzt von einer genauen Analyse des Phänomens ab. Dieser Band ist ein weiterer Schritt in diese Richtung und kann hoffentlich zu weiterer Auseinandersetzung mit dem Thema anregen.

Dorđe Tomić

Anmerkungen

1. Die erste Wahlrunde im April 2010 gewann Fidesz mit knapp 53 Prozent der Stimmen. In der zweiten Runde sicherte sich die Partei eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament. Vgl. Rechtsruck bei Parlamentswahl in Ungarn. In: bpb, URL: http://www.bpb.de/themen/FDOJW4,0,0,Rechtsruck_bei_Parlamentswahl_in_Ungarn.html, letzter Zugriff: 27.09.2010; 2. Wahlgang in Ungarn. Fidesz sichert sich 2/3 Mehrheit der Mandate. In: Pester Lloyd, Nr. 17, 26.04.2010, URL: http://www.pestlerloyd.net/2010_17/17zweiterwahlgang/17zweiterwahlgang.html, letzter Zugriff: 27.09.2010.
2. Aufgrund der besseren Lesbarkeit wurde in den einzelnen Beiträgen auf die Angabe der geschlechtsneutralen Schreibweise verzichtet. Die männliche Form soll jedoch nicht als ausschließend verstanden werden.
Die Tagung „Rechtspopulismus in Ostmitteleuropa - Demokratien im Umbruch?“ fand am 4. Mai 2010 im Haus der Brandenburgisch-Preussischen Geschichte in Potsdam statt. S. Ankündigung unter: http://www.boell-brandenburg.de/calendar/VA_viewewt.aspx?evtid=7914, letzter Zugriff: 28.09.2010.
3. Die Organisation der Tagung sowie die Redaktion dieser Publikation wurden von der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg durchgeführt.
4. Diese werden im vorliegenden Band im Rahmen zweier Beiträge ausführlich erörtert.
5. Vgl. Bayer, József (2002): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 31, H. 3, S. 265–280. Zum Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmittel bzw. Osteuropa allgemein siehe auch: Ramet, Sabrina Petra; Griffin, Roger (1999): The radical right in Central and Eastern Europe since 1989. University Park, Pa.: Pennsylvania State Univ. Press (Post-Communist cultural studies). Zum Rechtspopulismus bzw. Rechtsextremismus in Polen siehe: Minkenberg, Michael; Sucker, Dagmar; Wenninger, Agnieszka (Hg.) (2006): Radikale Rechte und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland und Polen. Nationale und europäische Perspektiven. Bonn: Informationszentrum Sozialwissenschaften; Gräfe, Karl-Heinz (2001): Die Geister der Vergangenheit sind auch in Polen zurückgekehrt. In: UTOPIE kreativ, H. 131, S. 801–816; Krzemiński, Adam (1990): „Polen den Polen“. Zur latenten Gefahr eines polnischen Rechtsextremismus. In: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, H. 4, S. 345–347. Anregende Analysen zur Rechten in Ungarn sind u.a.: Bachmann, Karin (2010): Seismograph Ungarn. Die Rechte, die Wahlen und die Folgen. In: Osteuropa, H. 6, S. 13–18; Lang, Kai-Olaf (2010): Rechtsruck. Die Parlamentswahlen in Ungarn 2010. In: Osteuropa, H. 6, S. 3–12; Lakner, Zoltán (2007): Anticomunist policy in Hungary – the rightist character of Fidesz. In: The Analyst - Central and Eastern European Review - English Edition, H. 2, S. 93–112; Bozóki, András (2005): Consolidation or Second Revolution? The Politics of the New Right in Hungary. In: Slovak Foreign Policy Affairs, H. 1, S. 17–28. Interessant sind zudem journalistische Beiträge, die sich mit diesem Phänomen auseinandersetzen wie z.B. Mayer, Gregor; Odehnal, Bernhard (2010): Aufmarsch. Die rechte Gefahr aus Osteuropa. St. Pölten: Residenz-Verlag; n-ost. Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung e.V. (Hg.) (2008): Rechtsextremismus und Antisemitismus in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Dokumentation zum n-ost-Stipendienprogramm. Unter Mitarbeit von Christian Mihr und Andreas Metz. Berlin: n-ost; Jungwirth, Michael (2002): Haider, Le Pen & Co. Europas Rechtspopulisten. Graz: Styria.
6. Vgl. dazu Heinrich-Böll-Stiftung; Kulturbüro Sachsen (Hg.) (2008): Gefährliche Liebschaften. Rechtsextremismus im kleinen Grenzverkehr. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung (Schriften zur Demokratie, Bd. 10).
7. In der Bundesrepublik fällt die Lage etwas anders aus: Zwar gibt es hier derzeit keine rechtspopulistische Partei von nennenswertem

- politischen Einfluss, der recht große Zuspruch bestimmter Teile der Gesellschaft etwa im Hinblick auf die offen rassistischen „Thesen“ von Thilo Sarrazin zeigt jedoch, dass die Etablierung rechtspopulistischer Akteure auch in Deutschland nicht komplett auszuschließen ist. Zu den äußerst besorgniserregenden Befunden hinsichtlich extrem rechter politischer Orientierungen großer Teile der Bevölkerung wie auch einer immer breiter werdenden Entsolidarisierung der Gesellschaft siehe Decker, Oliver u.a. (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. [Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung]. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin; sowie Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2010): Deutsche Zustände. Folge 9. Orig.-Ausg. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Suhrkamp, 2616).
8. Der Begriff stammt von dem Historiker Miroslav Hroch und bezieht sich auf „unterdrückte“ bzw. „nicht gleichberechtigte“ Völker, d.h. ethnische Gruppen im Habsburger Reich in der Zeit der Nationsbildung im 19. Jahrhundert. Diese habe es zwar kulturell als Einheiten gegeben, nicht aber politisch wie die „großen“ Nationen, die auf die politische Grundlage eines älteren Großreichs zurückgreifen konnten. Vgl. Hroch, Miroslav (1968): Die Vorkämpfer der nationalen Bewegung bei den kleinen Völkern Europas. Eine vergleichende Analyse zur gesellschaftlichen Entwicklung der patriotischen Gruppen. Praha: Univ. Karlova (Acta Universitatis Carolinae. Philosophica et historica. Monographia, 24).
 9. Vgl. die Erklärung der Gruppe auf der offiziellen Homepage: „The main reasons for the Visegrád cooperation stem not only from the geographical closeness of the V4 countries but also from their shared history, similar mentality of the people and last but not least from the common interests in the future development of Central Europe within the EU and the transatlantic relations.“, <http://www.visegradgroup.eu/main.php?folderID=925>, letzter Zugriff: 25.10.2010.

Literaturverzeichnis

- Bachmann, Karin (2010): Seismograph Ungarn.** Die Rechte, die Wahlen und die Folgen. In: Osteuropa, H. 6, S. 13–18.
- Bayer, József (2002): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa.** In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 31, H. 3, S. 265–280.
- Bozóki, András (2005): Consolidation or Second Revolution? The Politics of the New Right in Hungary.** In: Slovak Foreign Policy Affairs, H. 1, S. 17–28.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2010): Rechtsruck bei Parlamentswahl in Ungarn.** URL: http://www.bpb.de/themen/FDOJW4,0,0,Rechtsruck_bei_Parlamentswahl_in_Ungarn.html, letzter Zugriff: 27.09.2010.
- Decker, Oliver u.a. (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. [Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung]. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin.
- Gräfe, Karl-Heinz (2001): Die Geister der Vergangenheit sind auch in Polen zurückgekehrt.** In: UTOPIE kreativ, H. 131, S. 801–816.
- Heinrich-Böll-Stiftung; Kulturbüro Sachsen (Hg.) (2008): Gefährliche Liebschaften. Rechtsextremismus im kleinen Grenzverkehr.** Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung (Schriften zur Demokratie, Bd. 10).
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2010): Deutsche Zustände. Folge 9.** Orig.-Ausg. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Suhrkamp, 2616).
- Hroch, Miroslav (1968): Die Vorkämpfer der nationalen Bewegung bei den kleinen Völkern Europas. Eine vergleichende Analyse zur gesellschaftlichen Entwicklung der patriotischen Gruppen.** Praha: Univ. Karlova (Acta Universitatis Carolinae. Philosophica et historica. Monographia).
- Jungwirth, Michael (2002): Haider, Le Pen & Co. Europas Rechtspopulisten.** Graz: Styria.
- Krzemiński, Adam (1990): «Polen den Polen».** Zur latenten Gefahr eines polnischen Rechtsextremismus. In: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, H. 4, S. 345–347.
- Lakner, Zoltán (2007): Anticommunist policy in Hungary – the rightist character of Fidesz.** In: The Analyst - Central and Eastern European Review - English Edition, H. 2, S. 93–112.
- Lang, Kai-Olaf (2010): Rechtsruck. Die Parlamentswahlen in Ungarn 2010.** In: Osteuropa, H. 6, S. 3–12.
- Lendvai, Paul (2010): Mein verspieltes Land. Ungarn im Umbruch.** 1. Aufl. Salzburg: Ecowin-Verl.
- Lloyd, Peter (2010): 2. Wahlgang in Ungarn. Fidesz sichert sich 2/3 Mehrheit der Mandate (2010).** In: Pester

Lloyd, Ausgabe 17, 26.04.2010. URL: http://www.pestlerlloyd.net/2010_17/17zweiterwahlgang/17zweiterwahlgang.html, letzter Zugriff: 27.09.2010.

Mayer, Gregor; Odehnal, Bernhard (2010): *Aufmarsch. Die rechte Gefahr aus Osteuropa*. St. Pölten: Residenz-Verlag.

Minkenberg, Michael; Sucker, Dagmar; Wenninger, Agnieszka (Hg.) (2006): *Radikale Rechte und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland und Polen. Nationale und europäische Perspektiven*. Bonn: Informationszentrum Sozialwissenschaften.

n-ost. Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung e.V. (Hg.) (2008): *Rechtsextremismus und Antisemitismus in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Dokumentation zum n-ost-Stipendienprogramm*. Unter Mitarbeit von Christian Mihr und Andreas Metz. Berlin: n-ost.

Ramet, Sabrina Petra; Griffin, Roger (1999): *The radical right in Central and Eastern Europe since 1989*. University Park, Pa.: Pennsylvania State Univ. Press (Post-Communist cultural studies).